

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(19. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen W. Möllemann,
Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/335 –**

9-Punkte-Konzept zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen

A. Problem

Das von der Bundesregierung aufgelegte „Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit/Programm zur Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von Jugendlichen“ wird nach Ansicht der Antragsteller seiner Zielsetzung nicht gerecht. Das Problem des Lehrstellenmangels soll durch eine konsequente Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung, ergänzt durch in 9 Punkten aufgeführte gezielte Maßnahmen zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze, gelöst werden.

B. Lösung

Nach Ansicht einer Mehrheit im Ausschuß enthält das von der Fraktion der F.D.P. vorgeschlagene 9-Punkte-Konzept keine neuen Vorschläge zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Dagegen sei das Sofortprogramm der Bundesregierung erfolgreich angelaufen.

Mehrheitliche Ablehnung des Antrags

C. Alternative

Verwirklichung des 9-Punkte-Konzepts.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/335 – abzu-
lehnen.

Bonn, den 16. Juni 1999

Der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Jürgen W. Möllemann

Vorsitzender und Berichterstatter

Willi Brase

Berichterstatter

Heinz Wiese (Ehingen)

Berichterstatter

Antje Hermenau

Berichterstatterin

Maritta Böttcher

Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Willi Brase, Heinz Wiese (Ehingen), Antje Hermenau, Jürgen W. Möllemann und Maritta Böttcher

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/335 – wurde vom 14. Deutschen Bundestag in seiner 25. Sitzung vom 4. März 1999 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft und Technologie, an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und an den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Lehrstellenmangel soll durch eine konsequente Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung vermindert werden. Die schulische Ausbildung als Voraussetzung für die berufliche Ausbildung soll verbessert werden. Die Antragstellerin fordert mit ihrem 9-Punkte-Programm insbesondere eine Steigerung der Flexibilität der Betriebe und der Berufsschulen bei der Organisation der Ausbildung, eine zügigere Einführung neuer Berufsbilder, modulare Ausbildungsgänge, die Möglichkeit der Aufteilung der Ausbildung auf zwei Betriebe, einen verstärkten Einsatz von Ausbildungsbörsen und bei der Einwerbung von Ausbildungsplätzen eine verbesserte Berufsberatung sowie ein Mobilitätsprogramm für die Auszubildenden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben am 21. April 1999 sowie der Ausschuß für Wirtschaft und Technologie am 16. Juni 1999 die Vorlage beraten und jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuß

Der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage in seiner 11. Sitzung am 16. Juni im Zusammenhang mit den bisherigen Ergebnissen des Sofortprogramms der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher – in Gegenwart des Mitarbeiters der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Jürgen Thiel, leitender Verwaltungsdirektor und Leiter des Referates „Förderung der beruflichen Ausbildung“, ausführlich beraten.

Seitens der antragstellenden **Fraktion der F.D.P.** wird das von der Bundesregierung aufgelegte Sofortprogramm zur Bekämpfung des Lehrstellenmangels und der

Jugendarbeitslosigkeit als unzureichend erklärt. Von etwa 500 000 ausbildungsplatz- und beschäftigungssuchenden Jugendlichen würden nur etwa 100 000 durch das Programm gefördert. Nach Ansicht der Fraktion der F.D.P. sei statt dessen die Förderung des Wirtschaftswachstums und die dadurch bedingte allgemeine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation die wichtigste Voraussetzung zur Beseitigung des Lehrstellenmangels und der Jugendarbeitslosigkeit. Diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen sollten von den im Antrag genannten spezifischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Lehrstellenmisere flankiert werden.

Seitens der **Fraktion der SPD** wird erklärt, daß fast alle von der Fraktion der F.D.P. in ihrem Antrag geforderten Maßnahmen bereits praktiziert würden. Angesichts der besonderen Problemlage in den neuen Bundesländern müsse jedenfalls weit mehr getan werden, als die Fraktion der F.D.P. in ihrem Antrag fordere. Das Sofortprogramm der Bundesregierung sei eine erfolgreiche Initiative zur Bekämpfung des Lehrstellenmangels und der Jugendarbeitslosigkeit. Damit würden die von der Bundesregierung durchgeführten und angestrebten Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergänzt. Die frühere Bundesregierung habe durch Tatenlosigkeit mutwillig dazu beigetragen, die Jugendarbeitslosigkeit erstmals zu einem dringenden gesellschaftlichen Problem werden zu lassen. Im Antrag der Fraktion der F.D.P. fände sich auch heute dazu kein origineller Lösungsvorschlag. Die Defizite, die in den letzten Jahren im Bereich der strukturellen Entwicklung des dualen Ausbildungssystems entstanden seien, wolle die Bundesregierung konstruktiv mit allen Beteiligten, z. B. im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, angehen.

Seitens der **Fraktion der CDU/CSU** wird der Antrag der Fraktion der F.D.P. unterstützt. Ein Mangel dieses Antrags sei allerdings der fehlende Hinweis auf die besonders kritische Situation in den neuen Bundesländern. Die Kriterien, an denen alle Maßnahmen zur Förderung von Lehrstellen gemessen werden müßten, seien Qualität und Praxisnähe der Ausbildung sowie die Chance der Ausgebildeten auf eine dauerhafte Beschäftigung nach Beendigung ihrer Lehrzeit. Mit einer modularen bzw. gestuften Ausbildung würden das Ausbildungspotential der Jugendlichen stärker ausgeschöpft und die Jugendlichen besser an die Anforderungen der Arbeitswelt herangeführt. Das kurzfristige Sofortprogramm der Bundesregierung sei eine Augenwischerei. Die Schaffung neuer und der Erhalt bestehender Ausbildungsplätze hänge direkt mit der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zusammen, und diese seien derzeit schlecht.

Von seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird die Auffassung vertreten, daß der Antrag der F.D.P.-Fraktion auch den Anforderungen an einen

Standortvorteil „Ausbildung und Qualifikation“ nicht genügen würde. Bei der Ausbildungsplatzmisere handele es sich vorrangig um ein strukturelles Problem. Die Verantwortlichkeit für eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen läge eindeutig bei der Wirtschaft. Falls die Verantwortlichen nicht eine umgehende Besserung der Situation schaffen würden, müsse eine Reform der Finanzierung der Ausbildung mittels eines Gesetzes erfolgen. Eine Ausbildungsumlagefinanzierung könnte ein Weg zu mehr Ausbildungsplätzen sein.

Von seiten der **Fraktion der PDS** wird der Antrag der Fraktion der F.D.P. für völlig unzureichend zur Lösung des Problems angesehen, auch wenn er nachdenkswerte Vorschläge enthalte. Das Sofortprogramm der

Bundesregierung werde das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ebenfalls nur begrenzt und vorübergehend lindern. Grundsätzlich könne das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nur in dem Maße gelöst werden, wie durch Maßnahmen zur generellen Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit ausreichend Raum geschaffen werde, auch die jugendlichen Arbeitslosen in die Arbeitswelt zu integrieren. Die Ausbildungsmisere könne nur durch eine Umlagefinanzierung überwunden werden.

Der Ausschuß verabschiedete die vorgenannte Beschlußempfehlung am 16. Juni 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Bonn, den 16. Juni 1999

Willi Brase

Berichterstatler

Heinz Wiese (Ehingen)

Berichterstatler

Antje Hermenau

Berichterstatlerin

Jürgen W. Möllemann

Berichterstatler

Maritta Böttcher

Berichterstatlerin